Nummer 204 — Halle, Freitag, den 7. Juli 1922 — 57. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint wochentäglich am Nachmittag, am Sonntag als Festblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 24.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 2.50, im auswärtigen Verkehr M. 3.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 8.00 im Ortsverkehr und M. 10.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-Fernsprecher: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Tumulte in beiden Parlamenten.

Aktenbündel als Wurfgeschosse / Die gespannte parlamentarische Lage / Drängen auf Reichstagsauflösung / Verdoppelung des abzugsfähigen Einkommensbetrages.

Stimmungsbild.

(Von unseren parlamentarischen Mitarbeitern.)

Die gestrige Reichstagssitzung wurde sozusagen zwischen den Schlachten abgehalten. Die vier sozialistischen Interpellationen gegen die Selbstschutzorganisationen, die Regimentsfeiern und das Hindenburgfest in Königsberg lagen schon geraume Zeit zurück und mußten endlich einmal erledigt werden. Dazu bot das Gesetz zum Schutz der Republik, mit dessen erster Lesung die Besprechung der Interpellationen verknüpft wurde, erwünschte Gelegenheit. Es sei gleich vorweggesagt, daß die Aussprache irgend welche politische Bedeutung nicht gehabt hat und nur deshalb für die sozialistischen Parteien von Wert war, daß sie noch einmal ihren „Aktionswillen" gegen die völkische Hetze und gegen die illoyalen Korporationen kräftig zum Ausdruck bringen konnten. Alsdann wurde zwischendurch gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien die Vorlage über die Ausführung des Art. 18 der Verfassung (Neubildung von Ländern durch Volksabstimmung) angenommen. In der fortgesetzten Interpellationsdebatte zählte der Mehrheitssoz. Vogel-Franken eine lange Reihe angeblicher schwerer Disziplinwidrigkeiten besonders auch bayerischer Reichswehroffiziere auf. Darauf hatte die Regierung das Wort. Als erster sprach der Reichsjustizminister Dr. Radbruch und sodann in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers der Major im Reichswehrministerium Schleicher. Dieser faßte die ihm sichtlich unsympathische Aufgabe deutlich als Dienst auf und las und hörte über die unablässigen Wortattacken der Kommunisten und Unabhängigen mit kalter Ruhe hinweg. Aus dem Bescheid des Ministers ging hervor, daß dieser in dem Königsberger Fall eine andere zeitliche Anberaumung der militärischen Veranstaltung im Hinblick auf die dort herrschende Erregung für angebrachter gehalten hätte. Ferner teilte er mit, daß die Frage des völligen Verbots der Regimentsfeiern gegenwärtig der Prüfung des Gesamtkabinetts unterliege. Der Innenminister Dr. Köster führte dann alle die Selbstschutzorganisationen auf, die in der letzten Zeit verboten worden sind und empfahl zur Verstärkung der Handlungsfähigkeit des Reichsinnenministeriums die schleunige Verabschiedung des demnächst dem Reichstag zugehenden Reichskriminalgesetzes. Als schließlich der Königsberger Deutschvolksparteiler Kunow mit ziemlicher Schärfe die linksradikale Agitation während der Königsberger Hindenburgtage kritisierte, gab es einen Zwischenfall, indem einige Tribünenbesucher bei einer Stelle demonstrativ klatschten, die Kunow gegen die äußerste Linke sortierte. Ueber beides gerieten Kommunisten und Unabhängige aus dem Häuschen und sorgten höchst eigenhändig dafür, daß die Uebeltäter von der Tribüne unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses entfernt wurden.

*

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen vier Interpellationen, die sich gegen antirepublikanische Kundgebungen richten.

Die Aussprache wird durch die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung (Neubildung von Ländern durch Selbstbestimmung) unterbrochen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Fortsetzung der Interpellationsdebatte.

Abg. Vogel-Franken (Soz.) begründet die Interpellation der Mehrheitssozialisten wegen der Regimentsfeiern. Der Redner bespricht die einzelnen Regimentsfeiern und behauptet, diese hätten durchaus monarchistischen Charakter gehabt. Ueberall wirke auch die Reichswehr mit. Sie ist so zu einem Hort der monarchistischen Reaktion geworden. Die Reichswehr scheut sich sogar nicht, bei offiziellen Transporten die schwarz-weiß-rote Fahne zu zeigen.

Major Schleicher antwortet in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers Dr. Geßler auf die Angriffe gegen die Reichswehr. Die Beteiligung der Reichswehr an der Hindenburgehrung in Königsberg war vom Reichswehrministerium genehmigt. Die Reichswehr hat alle Verabredungen innegehalten. Ein Demonstrationszug, der auf die Anmarschstraße der Truppen geraten war, hat sich indes nicht an die Verabredungen gehalten. Es kam zu dem bekannten Zusammenstoß, bei dem die Demonstranten mit den Stangen der mitgeführten Transparente und mit Steinwürfen auf die Truppen losgingen. Eine planmäßige Verteidigung war zunächst nicht möglich. Die einzelnen Leute verteidigten sich teils mit dem Kolben, teils mit aufgepflanztem Seitengewehr, einzelne auch durch die Schußwaffe. Erst nach deren Anwendung gelang es, den Angriff abzuwehren. Die Truppe hat nur in der Notwehr gehandelt.

Innenminister Dr. Köster:

beantwortet die Interpellation über die Selbstschutzorganisationen. Er führte folgendes aus: Wir haben schon vor längerer Zeit verschiedene Organisationen aufgelöst und sind später, wo aufgelöste Organisationen unter anderem Namen weiter existierten, zu einer neuerlichen Auflösung geschritten. Bisher konnten wir im Rahmen des Rechts nicht gegen den Stahlhelmbund vorgehen. Vorgekommene Beschlagnahmungen in Sachsen haben uns indes jetzt die Möglichkeit gegeben, einzuschreiten. Der Redner teilt mit, welche Organisationen bis jetzt verboten worden sind. Ob die neuen Mittel, die der Reichsregierung und den Landesregierungen an die Hand gegeben worden sind, ausreichen, um der Seuche der Geheimvereine mit Erfolg zu Leibe zu gehen, wird die Zukunft zeigen. Die Gewerkschaften haben sich zur Mithilfe bereit erklärt, dasselbe möchte ich auch von dem Reichsverband der Deutschen Industrie hoffen.

Abg. Cuno (D. Vp.): Zu den Vorgängen in Ostpreußen muß ich sagen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg den begreiflichen Wunsch hatte, in seinem hohen Alter seine Heimat noch einmal zu besuchen. Die Veranstaltungen waren durchaus unpolitisch. Der Besuch Hindenburgs war ein Triumphzug, wie ihn die deutschen Lande noch nie gesehen haben. Die beiden ersten Veranstaltungen wurden auch von der Regierung selbst als unpolitisch angesehen, nur die große Huldigung wurde als parteipolitisch bezeichnet und es folgte der bekannte Erlaß. Hindenburg habe auch nach dem Zusammenbruch seine Pflicht getan. Schämen sollten wir uns vor dem Ausland! (Lebhafter Beifall rechts und Händeklatschen auf den Tribünen. Großer Lärm links. Die Abgeordneten der Linken verlangen sofortige Räumung der Tribünen. Anhaltender großer Lärm, erregte Zwischenrufe von links und rechts. Vizepräsident Dr. Bell ordnet schließlich an, daß die drei Herren, die den Beifall gespendet hatten, von der Tribüne entfernt werden. Nur allmählich tritt wieder Ruhe ein.)

Abg. Hensel-Ostpreußen (Dn.) stellt fest, daß die Deutschnationale Parteileitung angeordnet hat, daß alle Mitglieder, die einer verbotenen Organisation angehörten, auszuschließen seien. Der Selbstschutz sei nur ersonnen als Abwehr gegen linksradikale Ausschreitungen. Glauben Sie, daß sich das Bürgertum jetzt wehrlos abschlachten läßt? (Großer Lärm und Zurufe links, Zustimmung rechts.) Ohne Selbstschutz und Reichswehr hätten wir längst die Anarchie. (Andauernder Lärm links.) Sie (nach links) können uns nicht einschüchtern. Die Regierung wird die Orgesch noch sehr gebrauchen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir werden nur aus der Not herauskommen, wenn wir wieder eine nationale Einheitsfront von rechts bis links haben.

Unser Heer hat unvergänglichen Ruhm erworben. Das lassen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. (Lärm links.) Sie von der Linken müssen sich schämen, daß Sie unserem tapferen Heer in den Rücken gefallen sind. (Es erhebt sich sofort großer toben der Lärm auf der Linken. Die sozialistischen Abgeordneten springen von der Bank auf und erheben drohend die Fäuste. Wilde Rufe: Schuft, Schurke, Frecher Hund, Blutbund. Minutenlang dauert der tobende Lärm. Der Präsident übergibt schließlich die Glocke einem Diener und verläßt den Saal, nachdem er mitgeteilt hat, daß die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen ist. Der Lärm dauert noch lange an.)

Um 3/4 7 Uhr eröffnete Präsident Löbe die neue Sitzung mit folgender Erklärung: Als der Sturm im Hause die Unterbrechung der Sitzung nötig machte, hat der Abgeordnete Hensel ausgeführt, und soll dabei auf die Bänke der Sozialdemokraten gedeutet haben, daß sie die Schuld auf sich geladen hätten, dem kämpfenden Heere in den Rücken gefallen zu sein. Das ist von den Sozialdemokraten als eine besondere Kränkung empfunden worden, weil aus ihren Reihen der Abgeordnete Frank als Erster den Heldentod gestorben ist. Der Abgeordnete Hensel hat sich für seine Behauptung berufen wollen auf den unabhängigen Magdeburger Stadtverordneten Vater. Abgeordneter Hensel sagt, er sei der Meinung, daß der Abgeordnete Vater sich selber zu dieser Schuld bekannt habe. (Stürmischer Widerspruch links.) Präsident Löbe erteilt darauf dem Abg. Hensel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede. Stürmischer Widerspruch links. Die Abgeordneten der Linken dringen wild auf die Rednertribüne los und umlagern diese. Der Abg. Hensel ist zur Tribüne hinaufgestiegen, vermag bei dem tosenden Lärm aber nicht das Wort zu nehmen. Da der Lärm orkanartig anschwillt und dauernd anhält, bricht Präsident Löbe wiederum die Sitzung ab. Die Erregung hält noch lange an. Von der Linken werden Papierballen nach rechts geworfen. Allgemeine große Unruhe im Hause.

Nächste Sitzung: Freitag, 4 Uhr. Weiterberatung.

Die bayrische Regierung zum Schutzgesetz.

Die politische Freiheit der Beamten.

München, 6. Juli. Aus den Ausführungen, die heute im Landtag der bayrische Minister des Innern Schweyer machte, ist folgendes zu entnehmen: Nach den Verfassungsbestimmungen sei kein Zweifel, daß von den Beamten keine Beschränkung der persönlichen politischen Auffassung, namentlich auch keine innere Uebereinstimmung mit der republikanischen Staatsform verlangt werden könne und daß ihnen auch die Teilnahme an Bestrebungen auf Aenderung der Verfassung nicht versagt sei, sofern sich diese Bestrebungen auf gesetzmäßigen Bahnen bewegen. Ein Beamter, der aus seiner monarchischen Gesinnung kein Hehl macht, macht sich dadurch keiner Verletzung seiner Dienstpflicht schuldig.

Das Ausfuhrabgabegesetz wurde im volkswirtschaftlichen Ausschuß am 6. Juli bis nach den Sommerferien vertagt, da eine allgemeine Aussprache über das wichtige Ausfuhrproblem in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich schien.

Heutiger Stand des Dollars 512.

Reichstagsauflösung?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die Entspannung der innerpolitischen Lage macht keine Fortschritte. Im Gegenteil bringen fortgesetzt neue Zwischenfälle andere Konfliktstoffe. Das Wort „Reichstagsauflösung" hört man heute wieder häufiger als vor einigen Tagen. Die Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Rechtsausschuß des Reichstags scheint einmütiger zu verlaufen, als man erwartet hatte. Von fast allen Seiten trat das Bestreben hervor, die Regierungsvorlage zu erweitern und zu verschärfen. Der Antrag der Demokraten, das Gesetz so zu fassen, daß jeder politische Mord oder Mordversuch, einerlei von welcher Seite er komme, mit gleicher Schärfe bestraft werde, schien allgemeinen Anklang zu finden. Er unterscheidet sich von der Zentrumsanregung, daß die Auslegung des Gesetzes so gestaltet werden müsse, daß es sich gegen jeden richte, der das Gesetz verletze. Der Unterschied liegt darin, daß nach dem demokratischen Antrag dem Gesetz der Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen eine bestimmte politische Richtung restlos genommen wird, während die Zentrumsanregung nur die Auslegung vor Einseitigkeiten bewahren möchte. Daß auch der Reichsjustizminister Radbruch inzwischen eingesehen hat, wie falsch seine erste Ankündigung bezüglich der Schutzaktion der Republik gewesen ist, erkannte man daraus, daß er jetzt im Ausschuß erklärte, seine Worte hätten sich nur auf die Verordnung des Reichspräsidenten, nicht auf den nunmehr vorliegenden Gesetz entwurf bezogen. Damit ist der politische Konfliktstoff beseitigt. Es ist in der Hauptsache um juristische Formulierungen, die natürlich sehr sorgfältig überdacht werden müssen. Aber dafür werden ja die namhaften Juristen sorgen, die dem Rechtsausschuß angehören. Wenn der niedergesetzte Unterausschuß den ausschlaggebenden § 1 des Gesetzentwurfes so formuliert haben wird, daß jede Spur von Ausnahmerecht verschwindet, dann ist die Hauptarbeit bereits geleistet.

Die Reichstagsauflösung droht jetzt aus parteipolitischen Gründen. Bei den Besprechungen der drei Regierungsparteien über die Erweiterung der Koalition nach links hin hat die Mehrheitssozialdemokratie dem etwaigen Hinzutritt der Deutschen Volkspartei zur Regierungskoalition den allerschärfsten Widerspruch angekündigt. Und die „Freiheit", das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, droht bereits offen mit dem Sturz der Regierung und der dann notwendigen Reichstagsauflösung für den Fall, daß Zentrum und Demokraten die Aufnahme der Volkspartei in die Regierungskoalition verlangen sollten. Der „Vorwärts", das Organ der Mehrheitssozialdemokraten, erörtert denn auch bereits die Möglichkeit der Reichstagsauflösung und die Form der Wahlparole.

Aber so weit sind zum Glück die Dinge noch nicht. Vorläufig steht nur die Tatsache fest, daß die Mehrheitssozialdemokraten mit den Unabhängigen ernsthaft über deren Eintritt in die Regierung verhandeln und dabei auf überraschende Bereitwilligkeit bei ihren bisherigen Gegnern gestoßen sind. Aber diese Verhandlungen sind noch keineswegs abgeschlossen und die Möglichkeit, daß sie an übertriebenen Einzelforderungen im letzten Augenblick noch scheitern, ist durchaus noch gegeben. Aber selbst wenn die Einigung erfolgen sollte, so haben die beiden bürgerlichen Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, noch keineswegs erklärt, daß sie dann gegen die Erweiterung der Koalition nach links sein würden. Sie haben nur verlangt, daß einer Ausdehnung der Koalition nach links zur Erhaltung des Gleichgewichts der Mitte auch eine Ausdehnung nach rechts hin entsprechen müßte. Mit demselben Recht, mit dem die eine Regierungspartei nach links hin eine Verbreiterung der Regierungsbasis und damit eine Verstärkung der Republik anstrebt, können natürlich auch die beiden anderen Regierungsparteien den Versuch machen, eine Erweiterung und Stärkung der Regierungsbasis nach rechts zu versuchen.

In diesem Sinne erfolgt jetzt ein gemeinsamer Schritt von Zentrum und Demokratie. In ganz ähnlicher Weise, wie es die Sozialdemokratie gegenüber der USPD. getan hat, wird jetzt vom Zentrum und den Demokraten die Deutsche Volkspartei brieflich zu Verhandlungen über ihren eventuellen Eintritt in die Regierung aufgefordert. Natürlich wird es auch bei diesen Verhandlungen auf die Einzelbedingungen ankommen, über die man sich einigt. Werden sie so formuliert und angenommen, daß alle Befürchtungen der Sozialdemokraten, es könne eine Verschiebung der Regierungsbasis einseitig nach rechts hin möglich werden, ausgeräumt werden, so ist nicht einzusehen, warum einer derartigen Verstärkung der republikanischen Front irgendwelcher Widerstand entgegengesetzt werden sollte. Auch die Mehrheitssozialdemokraten werden sich klar machen müssen, daß eine einseitige Verschiebung nach links hin nicht nur innerpolitische Schwierigkeiten, sondern auch größte Bedenken für die auswärtige Politik in sich schließen müßte. **Die Bereitwilligkeit Englands und Amerikas, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, ist offensichtlich nach der Ermordung Rathenaus ganz erheblich geringer geworden.** Sie würde auf den Nullpunkt sinken, wenn die Reichsregierung jetzt ein sozialistisches Uebergewicht gewinnen würde. Ohne Anleihe kann aber die deutsche Wirtschaft nicht gesunden. Von diesen Erwägungen ausgehend muß deshalb schon um der Zukunft des deutschen Volkes willen versucht werden, die Regierung ebenso wie nach links auch nach rechts hin zu verstärken. Wer das einen Abmarsch der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220707011/fragment/page=0001

bürgerlichen Regierungsparteien nach rechts nennt, der stellt bewußt die Dinge falsch dar. Die Mehrheitssozialdemokratie sollte sich vor solcher falschen Taktik um so mehr hüten, als noch keineswegs feststeht, ob die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zu einem Ergebnis führen.

•

Das Gesetz zum Schutze der Republik

wurde am 6. Juli im Rechtsausschuß des Reichstages verhandelt. Eine von dem Deutschnationalen Düringer verlangte Generaldebatte wurde abgelehnt, doch trug die Diskussion über den § 1, an der sich vom Zentrum Bell, von den Demokraten Koch und Brodauf, von den Volksparteilern Kahl, von den Sozialdemokraten Wissel und von den Unabhängigen Levi beteiligten, den Charakter einer Generaldebatte. In diese griff auch der Reichsjustizminister Radbruch ein, der das Gesetz als notwendig erklärte, um den von der Mörderzentrale drohenden Gefahren vorzubeugen. Der Demokrat Brodauf wandte sich dagegen, daß aus dem Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Rechtsradikalen gemacht werde, wie es die Sozialdemokrate wünsche, da Ausnahmegesetze dem demokratischen Prinzip widersprächen. Da zahlreiche Abänderungsanträge, die weit auseinandergingen und das Gesetz teils abschwächen, teils verschärfen wollten, eingegangen waren, wurde ein Unterausschuß gebildet, dem die schwere Aufgabe zugewiesen wurde, sie bis zum 7. Juli mittags auf eine einheitliche Linie zu bringen.

Krawall im Landtag.

Berlin, 6. Juli.

Um 11 Uhr 30 Min. vormittags wird die Sitzung eröffnet. Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über Anträge aller Parteien, betreffend den Schutz der Republik, verbunden mit einem Amnestiegesetz und einem Entwurf über die Reform des Disziplinarrechts für Beamte und Richter.

Abg. Heilmann (Soz.) erstattet den Ausschußbericht. Die Amnestie soll sich erstrecken auf Vergehen aus Anlaß der großen wirtschaftlichen und politischen Bewegungen seit dem Kapp-Putsch, ohne Einbeziehung der Disziplinarverfahren des Eisenbahnerstreiks. Gemeine Verbrechen sollen nicht begnadigt werden, nur solche politischer Art. Der Beamte soll im neuen Disziplinarrecht die Meinungs- und politische Koalitionsfreiheit behalten, aber nicht feindlich gegen die Republik Stellung nehmen dürfen. Die Amtszeit der jetzigen Richter des Disziplinarhofes soll mit dem 16. Juli enden. Damit wird eine Neubesetzung mit politisch zuverlässigen Richtern ermöglicht.

Abg. Grzesinski (Soz.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, rückhaltslos alles zur Erhaltung der jungen Republik erforderliche zu tun. Ein Horty-Ungarn lasse sich die Arbeiterschaft nicht gefallen. Die Amnestie soll nur die politischen Vergehen erfassen. Den Beamten soll auch künftig jede politische Freiheit gelassen werden, sie müßten jedoch die nötigen Grenzen achten.

Abg. Preuß (Dem.) widerspricht der Annahme, als ob es sich hier um Bestimmungen handle, die in der Erregung erlassen seien. Infolge der Agitation von rechts und links stehe die Beamtenschaft nicht mehr so loyal zum Staate wie früher. Darum müsse sowohl gegen die Agitation von rechts wie von links eingeschritten werden. Die Straffreiheit sollte aber auf den Eisenbahnerstreik nicht ausgedehnt werden, weil dieser nicht zum Schutze der Republik unternommen wurde, sondern nur eine schwere Erschütterung der bestehenden Staatsform bedeute.

Abg. Dahlem (Kom.) fordert Aufklärung von Minister Severing, ob sich das Gesetz auch gegen links richten wolle, wie es Abg. Preuß als selbstverständlich ansehe.

Minister Severing gibt dem Wunsche Ausdruck, daß das Disziplinarrecht nur [illegible] werde. [illegible] handle es sich nicht um die Unbesonnenheit einiger junger Fanatiker, sondern um Mordbanden, und solche, die diese bezahlen. Im Falle Herden hat der Täter bereits einen Teil des ihm gebotenen Geldes erhalten. Wir haben den Geldgeber, der mehreren rechtsgerichteten Organisation angehört. Mit diesen Organisationen müssen wir aufräumen. Aus Angst wird das Gesetz nicht geschaffen. Angst kennen wir nicht. Täglich bekommen wir Drohungen, trotzdem tun wir, was nötig ist.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Kom.) fordert die Freigabe von Max Hölz.

Damit schließt die Besprechung.

Nach Schluß der allgemeinen Aussprache bestritt der Abg. Fredersdorf (Dn.) die Rednertribüne zu einer persönlichen Bemerkung. Sofort erfolgen von der äußersten Linken unausgesetzte Schlußrufe und kommunistische und unabhängige Abgeordnete drängen sich auf die Rednertribüne. Von rechts kommen deutschnationale Abgeordnete, die sich schützend um den Redner stellen. Ungeheurer Lärm entsteht. Die Stimme des Redners ist nicht zu vernehmen. Ein von einem Abgeordneten geworfenes Aktenbündel trifft den Redner am Kopfe, ein anderes fliegt einem Stenographen auf dem Kopf. In diesem Augenblick dringen Abg. Klausner und andere Unabhängige vor und schlagen auf den deutschnationalen Abgeordneten Conrad ein, der bis zur Ministerbank zurücktaumelt. Ein allgemeines Handgemenge schließt sich an. Der Abg. Fredersdorf bricht seine formulierte Erklärung ab und übergibt das Manuskript dem Präsidenten Leinert. Dieser übernimmt es. Nach wenigen Sekunden greift ein Kommunist auf den Präsidententisch, nimmt das Manuskript und zerreißt es und wirft die einzelnen Fetzen gegen den Präsidenten. Dieser verläßt, da die Ruhe nicht herzustellen ist, den Saal. Die Sitzung ist unterbrochen. — Nach einigen Minuten beruft Präsident Leinert den Aeltestenrat zu einer Sitzung für sofort zusammen. Der Aeltestenrat schlägt Vertagung vor. Diese wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Teuerungszuschläge zu den Notar- und Gerichtskosten; Mittelschullehrer-Gehälter und Fortsetzung des Republikschutzgesetzes.

Autonomie-Abstimmung in Oberschlesien.

Als Abstimmungstag über die Autonomie Oberschlesiens ist der 3. September in Aussicht genommen worden. Da Deutschland den Oberschlesiern ein dahingehendes Versprechen gegeben hat, ist es wünschenswert, daß die Entscheidung möglichst bald fällt.

Einmarsch der Reichswehr in Oppeln.

Mit dem am 10. Juli erfolgenden Einmarsch der Reichswehr in Oppeln kommt der deutsch gebliebene Teil Oberschlesiens wieder in den Besitz und unter die Fürsorge des alten Vaterlandes. Der preußische Minister des Innern, Severing, spricht aus Anlaß dieses Tages, der ein Tag der Trauer um entrissenes Land, aber zugleich ein Tag der Befreiung für die Deutschgebliebenen ist, den Beamten und staatlichen Angestellten im oberschlesischen Abstimmungsgebiete, die in den schweren Jahren der Besetzung in Treue und aufopfernder Pflichterfüllung dem Vaterlande gedient haben, seinen Dank aus.

•

Die Polen haben in Kattowitz gegen die Deutschen Zeitungen Handgranatenanschläge verübt und Druckmaterial vernichtet. Die armen Austrägerinnen der Zeitungen wurden verprügelt. Neben diese Kulturtaten einzelner Bürger der „ritterlichen" Nation tritt würdig die Regierung selbst, indem sie in urdeutschen Städten wie Graudenz, Kulm und Bromberg die deutschen Schulen zum 1. Januar 1923 schließen will. So leicht sind die Deutschen aber doch nicht auf polnisches Niveau herabzudrücken.

Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde ein Antrag des finanzpolitischen Ausschusses auf Aenderung des Einkommensteuergesetzes einstimmig angenommen, nach dem entsprechend dem gesunkenen Geldwert der abzugsfähige Betrag von 3000 Mark auf 6000 Mark erhöht wird und Spareinlagen und die unter Sperrung der Rückzahlung auf den Todes- oder Erlebensfall eingezahlten Beträge, soweit sie 6000 Mark jährlich nicht übersteigen, steuerfrei bleiben.

Erhöhung der Renten.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde beschlossen, daß ein Initiativantrag eingebracht wird, nach dem die Renten, die vor dem 1. August 1922 festgesetzt sind, bei den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um 200 Mk. und die Waisenrenten um 100 Mk. erhöht werden sollen. Den bisherigen Lohnstufen werden fünf neue Stufen angehängt, die höchste Stufe geht von 72 000 Mk. aufwärts. Die Beiträge dieser fünf Stufen werden auf 18, 24, 32, 42 und 52 Mk. pro Woche festgesetzt.

Die Reform der Erbschaftsbesteuerung.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde am 6. Juli die Beratung über die Aenderung der Erbschaftsbesteuerung bis auf den Tarif zu Ende geführt. Es wurden im wesentlichen die Anträge des Demokraten Fischer angenommen. Namentlich auch der, daß bei der Berechnung der Erbschaftsmasse im Interesse möglichster Vereinfachung die Grundsätze des Vermögenssteuergesetzes zur Anwendung kommen sollen. Während es den Demokraten gelungen war, die Nachlaßsteuer neben der Erbschaftssteuer zu beseitigen, wurde ihr Antrag, die Erbschaftssteuer nicht mehr nach dem Vermögen des Erben zu staffeln, abgelehnt.

Russische Bemühungen um Kredite.

Prahlerische Zuversicht.

Haag, 6. Juli. Der russische Delegierte Krassin ist heute im Haag eingetroffen. Die Russen sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß Kredite sehr schwer zu haben sein werden. Sie haben daher heute noch einmal versucht, die Finanzkreise für Rußland zu interessieren durch einen Aufruf in der Presse, man könnte vielleicht sagen: durch eine kostenlose Anzeige. Darin hatte Herr Sokolnikow heute die Journalisten zu einer Besprechung eingeladen, um ihnen den Zusammenhang zwischen Krediten und Schulden klar zu machen. Er sagte, daß die Sowjetregierung bereit wäre, bis zu einem gewissen Grade die Schulden anzuerkennen und soweit es möglich sei, auch die früheren Eigentümer zu entschädigen, wenn man der Sowjetregierung Kredite zur Verfügung stelle. Nur in diesem Falle könne die Sowjetregierung dem russischen Volke die Anerkennung der Schulden vorschlagen. Sokolnikow bekämpfte die Ansicht, daß Rußland am Ende seiner Kraft angelangt sei. Auch ohne die Gewährung von Krediten würde Rußland wieder hochkommen (??). Die Sowjetregierung könne nötigenfalls warten, und sie werden warten. Die Lage Rußlands werde langsam besser. Die Ernte verspreche gut zu werden, und der Rubelkurs sei jetzt stabil. Rußland sei ein Bauernstaat, und ein solcher könne sich eher erholen als ein Industriestaat. Darauf wurde der russische Delegierte [illegible] aggressiv, indem er sagte, er habe den Eindruck, daß gewisse Strömungen in den Haager Delegationen bestehen, die nicht zulassen wollen, daß ein Vergleich zustandekommt auf dem Boden der Kreditgewährung gegen die Anerkennung der Schulden. Diese Strömungen sabotierten die Konferenz. Man wolle einen Erfolge zuvorkommen. Wahrscheinlich würden diese Strömungen bestimmt durch das Komitee der Industriellen und der Anleihegeber, welche viel Propaganda machen. Das Komitee prophezeie den Sturz der Sowjetregierung, vergeß aber, daß die Sowjetregierung, außer der Regierung Lloyd Georges, die älteste in Europa sei. Weiter sagte Sokolnikow: Wenn man unsere Handlungen kontrollieren will, so soll man die Beziehungen zu Rußland wieder herstellen. Man kann diplomatische Personen und Konsule senden. Den bekannten französischen Vorschlag, eine Studienkommission nach Rußland zu senden, lehnt die Sowjetregierung ab. Zum Schlusse sagte Sokolnikow, wenn man im Haag nicht zu einer Uebereinstimmung gelange, dann sei Rußland bereit, Gruppen von Interessenten spezielle Bürgschaft zu geben. Das sei eine Einladung an die Konzessionsjäger.

Ein weißer Rabe.

Gustave Herve tritt weiter mutig für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein. Im Gegensatz zu anderen Politikern in Frankreich, die dasselbe Ziel verfolgen, will er nicht nur nehmen, sondern auch geben. Einem demokratischen Deutschland sollen Danzig und die Deutschen Kolonien zurückgegeben werden, Frankreich soll auf die Abstimmung im Saargebiet verzichten. Auf einer solchen Grundlage kann eine Verständigung gefunden werden, wenngleich in den Vorschlägen Hervos in den anderen, Deutschland geraubten Gebieten noch nicht die Rede ist.

Frankensturz.

Amerika wirft die französischen Devisen auf den Markt.

Paris, 6. Juli. Der Matin schreibt, der gegenwärtige Sturz des Frankenkurses sei auf spekulative Manöver der Amerikaner zurückzuführen, welche, nachdem sie sich der Markvorräte entledigt hätten, nunmehr auch die französischen Devisen auf den Markt werfen, da sie glauben, daß zwischen der deutschen und der französischen Zahlungsfähigkeit ein enger Zusammenhang bestände.

Die Frage der internationalen Anleihe.

London, 7. Juli. Auf eine Anfrage eines Abgeordneten im Unterhause, ob angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland über die Ausgabe einer internationalen Anleihe die Verhandlungen wieder aufgenommen würden, erklärte der Finanzminister, daß angesichts der Ergebnisse des Komitees Morgan die englische Regierung nicht einsehe, welche Maßnahmen sie in dieser Hinsicht treffen solle.

Ruhe in Dublin.

London, 7. Juli. In Dublin ist die Ruhe wieder völlig hergestellt. Das Geschäftsleben beginnt sich wieder zu regen. Der durch die letzten Kämpfe verursachte Schaden wird auf 1 bis 2 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die Meldung, wonach Devalera gefangen genommen worden sei, bestätigt sich nicht. Man versichert, daß er entkommen ist. Wie verlautet, ist Devalera verletzt worden. Nach Aufhebung der Zensur wird bekannt, daß bei den Kämpfen bei Nenag 20 Personen getötet und 100 verwundet wurden. Man rechnet mit einem entscheidenden Treffen in der Grafschaft Sligo.

Deutsches Reich.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Uebergang der Eisenbahn auf das Reich wurde am 6. Juli unter Ablehnung der Aenderungen des Reichsrats, gegen die namentlich der Demokrat Slokovich sich wandte, nach dem Regierungsentwurf angenommen. In einer vertraulichen Aussprache gab die Regierung Auskunft über die Hilfsaktion für die Versicherungsanstalten.

Im besetzten Rheinland werden zahlreiche, aus dem Innern Frankreichs eintreffende Rekrutentransporte auf die einzelnen Truppenteile verteilt, um die im Herbst zur Entlassung kommenden Mannschaften zu ersetzen. Die Franzosen denken also offenbar gar nicht daran, die Höhe der Besatzungsarmee zu verringern, obwohl sie fast doppelt so hoch ist, als nach dem Rheinlandabkommen zulässig scheint. So wird Deutschland für unproduktive Zwecke immer weiter ausgesogen.

Von Nah und Fern

Zentralverbandstag deutscher Bäckerinnungen.

Leipzig. In der Dienstagsitzung erhielt zunächst Bäckermeister Fiedler (früher Metz), das Wort zu einer Ansprache, in der er schildert, wie Tausende von Deutschen von den Franzosen aus der Heimat ausgewiesen worden sind. Seine Ausführungen, die er mit einem Bekenntnis zum Deutschtum schließt, hinterlassen einen tiefen Eindruck. Weitere Ansprachen halten Kollegen aus Deutsch-Oesterreich und Böhmen, sowie Lurasch-Mailand im Auftrage der italienischen nationalen Vereinigung der Brotindustriellen.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten. Bäckerobermeister Biener-Chemnitz spricht über das Thema: Die soziale Gesetzgebung in ihrer Auswirkung auf das Bäckergewerbe. In Verbindung mit dem in Aussicht stehenden Gesetz über das Arbeitsrecht, unterzieht er das geplante Arbeitsamt, den amtlichen Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenversicherung, das Schlichtungsamt, das für jede untere Verwaltungsbehörde errichtet werden soll, das Tarifamt und das neue Arbeitszeitgesetz einer eingehenden Kritik. Die Durchführung der geplanten Gesetze werde mindestens 200 000 neue Beamte erfordern und kein Mensch könne sagen, wer die Kosten dafür aufbringen soll und ob die wirtschaftliche Kraft dazu überhaupt ausreiche. In einer einmütig angenommenen Entschließung heißt es:

„Der Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen erkennt die Notwendigkeit einer schrittweisen Fortsetzung und Ausgestaltung der vor vier Jahrzehnten eingeleiteten deutschen Sozialgesetzgebung im Rahmen der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft an und erklärt sich bereit zu tätiger Mitwirkung an der Schaffung der Voraussetzungen für die anzustrebende deutsche Volksgemeinschaft. Der Zentralverband wendet sich gegen die schädliche Ueberhastung und den einseitigen Zuschnitt der neueren sozialen Gesetze und Gesetzentwürfe auf die Verhältnisse des Großgewerbes und warnt vor falschen Wegen der Sozialgesetzgebung, die schon jetzt innerlich ungesund und wirtschaftlich gefährdet ist. Der Zentralverband erachtet die Schaffung leistungsfähiger Vorsorge-Einrichtungen für selbständige Handwerker gegen die Fährnisse des Alters, der Invalidität und der Krankheit als eine unabweisbare zeitgemäße Pflicht, der die öffentlich-rechtlichen, die beruflichen und die wirtschaftlichen Vertretungskörper des Handwerks in gemeinsamer Arbeit zu dienen haben." In einem zweiten Vortrage behandelte Landtagsabg. Schreyer (Dsf) eine Reihe Steuerfragen im Bäckergewerbe.

Zu den ganzen Vormittag des Mittwoch nimmt der Vortrag des Oberzmeisters Grüsser-Charlottenburg und die anschließende Diskussion in Anspruch. Seine Ausführungen gipfeln in einer Entschließung, in der die aus ganz Deutschland versammelten Vertreter des im Germania-Verband organisierten Bäckergewerbes mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Preisprüfungs- und Landeswuchersstellen bei Ausübung der Kontrollen sowohl, als auch gegen die seitens dieser Stellen erfolgende Weitergabe der Befunde an die Wucherverichte, ohne vorher die nach dem Gesetz vorgesehenen Sachverständigen gehört zu haben, protestieren. Zum Schluß fordern sie die Löschung der Strafen, die wegen nicht ehrenrührigen Vergehens gegen die während der Kriegs- und Nachkriegszeit erlassenen Bestimmungen verhängt sind. Man empfahl die Selbsthilfe und verlangte, daß kein Fall vor einen Wuchergericht zur Aburteilung kommen darf, bevor der Sachverständige für das Bäckergewerbe gehört worden ist. Vom Hauptvorstand verlangte man energisches Vorgehen bei den amtlichen Festsetzungen von Brotpreisen. Zum nächsten Beratungsgegenstand: Die Preisberechnung im Bäckergewerbe sprach Zweigverbandsvorsitzender Gebrmann-Köln Er bemerkt, daß die Preisberechnungen vielfach nicht den berechtigten Ansprüchen des Bäckergewerbes Rechnung tragen. Der Redner wünscht einheitliche Grundsätze für die Preisberechnungen im deutschen Bäckergewerbe und fordert die Innungen und Landesverbände auf, die Kenntnis der Grundsätze und das Verständnis dafür bei ihren Mitgliedern, aber auch bei den in Betracht kommenden amtlichen Stellen zu fördern. Es folgen Berichte über die Invaliditäts-, Alters- und Witwen-Pensionskasse des Zentralverbandes und Kassenberichte. Die Hauptkasse des Zentralverbandes schließt bei 175 967 M. Einnahmen und 169 221 Mark Ausgaben mit einem Gesamtvermögen von 146 727 M. ab.

Zu einer lebhaften Aussprache führte die Hefefrage und der mit dem Hefeverband getätigte Vertrag. Der Direktion des Hefeverbandes sind im vergangenen Jahre bereits viele Klagen übermittelt und es ist bezüglich der Qualität und der richtigen Verteilung der benötigten Mengen, besonders zu Festzeiten, Abhilfe verlangt worden. Man betonte in der Versammlung, daß von der Qualität der Hefe die Güte der Bäckerware und die Existenz eines Bäckers abhängig sei und deshalb alle Mittel in Anwendung gebracht werden müßten, daß vom Hefesyndikat einwandfreie Hefe geliefert wird. Der Antrag wegen eines erneuten energischen Protestes gegen die Hefefabrikanten fand Genehmigung. — In der Frage der Nachtarbeit ist der Verbandstag einmütig der Ansicht, daß man an der jetzt bestehenden Arbeitszeit keine Aenderung treffen soll und kein Meister die Wiedereinführung der Nachtarbeit wünscht.

Rätselhafter Munitionstransport.

Stendal. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Reisekorb beschlagnahmt, der unter Moos und Tannenzweigen verpackt zwei Zentner Sprengmunition enthielt. Es gelang, in einem Fahrgast den Besitzer des Korbes, einen Maler aus München-Gladbach, zu ermitteln und festzunehmen. Er gab an, er habe die Munition in Berlin verkaufen wollen. Auf der Station Uelzen wurde dann noch ebenfalls ein Koffer mit 2½ Zentner Munition beschlagnahmt.

Nietleben. (Die Halle-Hettstedter Bahn) wird hier, der früheren Strößerschen Ziegelei gegenüber, einen Maschinenschuppen und Reparaturwerkstätte errichten. Auch sollen daselbst mehrere Geleise zum Ausweichen gelegt werden.

Goslar. (Aus Anlaß der Tausendjahrfeier) der Stadt wurden den Armen der Stadt aus städtischen Mitteln 500 000 Mark überwiesen.

Aschersleben. (Das Gipswerk Drohndorf) ist von der Städtischen Baugesellschaft G. m. b. H. in Leipzig gekauft worden. Das Werk soll bedeutend erweitert werden.

Dessau. (Kommerzienrat Max Schmidt,) Direktor der Berlin-Anhaltischen Maschinenbauaktiengesellschaft, Zweigniederlassung Dessau, ist gestern gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220707011/fragment/page=0002